



## Rede zur Einbringung des Kreishaushaltes 2009

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zur Vorbereitung auf die heutige Haushaltsrede habe ich nachgelesen, was die Vertreter der Kreistagsfraktionen, was Frau Schwartz und ich bei der Einbringung des Haushaltsplans 2008 gesagt haben. Sie erinnern sich: Wir waren aufgrund des Personalwechsels bei Landrat und Kreiskämmerin später dran als üblich und haben den Haushalt erst im Frühjahr diesen Jahres verabschiedet. Ein Thema spielte bei all diesen Haushaltsreden praktisch keine Rolle, nämlich die Finanzkrise. Heute stecken Deutschland, Europa und die Welt mitten in einer radikalen Veränderung der globalen Finanzordnung, deren endgültige Auswirkungen bis heute auch nicht ansatzweise zu erkennen sind.

Trotzdem halte ich nichts davon, dass seit einigen Wochen nun wieder die typischen apokalyptischen Rufe erscheinen. Vielmehr geht es darum, in dieser reichlich unberechenbaren Zeit möglichst nüchtern und sachlich in die Zukunft zu schauen. Das haben wir mit dem Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2009 getan. Aber natürlich beinhaltet der Haushaltsplan 2009 auch wegen der weltweiten Finanzkrise gewisse Unwegbarkeiten. Die konjunkturelle Entwicklung wird sich zumindest abschwächen. Welche Konsequenzen dies beispielsweise auf den Sozialhaushalt hat, kann heute nicht wirklich vorhergesagt werden.

Aber auch ohne diese Unwegbarkeiten sind die Haushaltsplanberatungen für das kommende Jahr schon schwierig genug. Und dabei sehen die Rahmenbedingungen doch eigentlich ganz gut aus: Deutlich gestiegene Einnahmen bei den Städten und Gemeinden wirken sich naturgemäß positiv auf die Einnahmen des Kreises bei der Kreisumlage aus. Bei unverändertem Hebesatz kann der Kreis Mehreinnahmen von rund 10 Mio. Euro verzeichnen. Und dennoch setzt sich das Bild des vergangenen Jahres fort: Die ehrgeizigen Investitionspläne, die wir gemeinsam im Kreistag beraten und beschlossen haben, führen dazu, dass die gestiegenen Einnahmen nicht ausreichen, um die vorgesehenen Ausgaben zu decken. Der Entwurf, den wir Ihnen heute vorlegen, enthält eine Finanzierungslücke von 10,4 Mio. Euro.

Aufgrund jüngster Entwicklungen im Finanz- und Sozialbereich, auf die ich noch eingehen werde, hat sich diese Situation gegenüber der Drucklegung des Haushaltsplans nochmals um rund 1,4 Mio. Euro verschlechtert. Eine Kreditaufnahme in der Höhe von 10 oder gar 11 Mio. Euro halte ich aber auch nicht ansatzweise für vertretbar.

Doch eines nach dem anderen:

Wie jede Verwaltung, hat unsere Kreiskämmerei im Sommer d.J. die Vorstellungen und Wünsche der fünf Dezernate unseres Hauses zusammengetragen. Eine erste Sichtung dieses „Wunsch kataloges“ hat ergeben, dass bei Erfüllung aller Wünsche eine Neuerschulung in Höhe von rund 18,4 Mio. Euro erforderlich gewesen wäre. Wir haben in drei intensiven Sparrunden diese Finanzierungskluft verwaltungsintern auf die jetzt vorgelegten rund 10 Mio. Euro zurückgefahren. Es ist selbstverständlich, dass dann, wenn das Geld zur Finanzierung der Wünsche nicht ausreicht, zunächst an den Ausgaben gespart werden muss. Dabei weiß ich wohl, dass vieles nicht tatsächlich gespart, sondern nur verschoben wird. Der Sanierungsstau etwa an den kreiseigenen Gebäuden, von dem ich bereits im vergangenen Jahr berichtet habe, ist nach wie vor vorhanden und wird, dies muss ich offen eingestehen, auch mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2009 nicht abgebaut.

Probleme bereiten uns im Verwaltungshaushalt die gestiegenen Personalkosten, die dramatisch gestiegenen Energiekosten, und, so paradox es klingen mag, die hohe Steuerkraft des Bodenseekreises. Letzteres führt zu deutlich geringeren Schlüsselzuweisungen seitens des Landes Baden-Württemberg, so dass allein uns deswegen 3,8 Mio. Euro fehlen.

Sorgen machen mir aber auch die Steigerungen in den Haushalten des Sozialamtes und des Jugendamtes. Es ist in der Tat gelungen, in den vergangenen Jahren diese Ausgaben konstant zu halten. Das Rezept, zusätzliches Personal zu beschäftigen, um damit teure Unterbringungen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu verhindern, ist also aufgegangen. Allerdings zeigt sich im Entwurf des Haushaltsplans für das kommende Jahr, dass wir nun doch mit deutlich steigenden Ausgaben z. B. im Jugendamt zu rechnen haben werden. Gleichzeitig klagen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade im Jugendamt und im Sozialamt unter der Last praktisch täglicher neuer Vorschriften von EU, Bund und Land, und der gleichzeitig zunehmenden Schwierigkeit der zu betreuenden Fälle. Dennoch schlagen wir Ihnen in diesem Jahr kein zusätzliches Personal vor. Vielmehr wollen wir zunächst einmal mit externer Hilfe die Strukturen in beiden Ämtern untersuchen und bitten hierfür um Ihre Zustimmung. Es soll dabei um die Frage gehen, ob interne Abläufe effizienter gestaltet werden können und wie mit der Flut neuer Vorschriften künftig umgegangen werden soll.

Ein weiteres finanzielles Problem ergibt sich aber, wie schon im vergangenen Jahr, aus den anstehenden Investitionen. Ich habe es schon erwähnt: Die Investitionen steigen in einem Maß, mit dem die gestiegenen Einnahmen nicht mithalten können. An allererster Linie ist wieder die Investition in die Bildung zu nennen. Die Baumaßnahmen am Berufsschulzentrum in Friedrichshafen laufen planmäßig. Wir werden das neue Gebäude pünktlich zum Schuljahresbeginn 2009/10 beziehen können. Damit fallen aber natürlich auch die vorgesehenen Ausgaben an. Der größte Brocken im Investitionshaushalt beläuft sich deshalb allein für diese Maßnahme auf 8,6 Mio. Euro.

Als Kind wurde mir immer wieder gesagt: „Alles Materielle kann man Dir nehmen, aber was Du in Deinem Kopf hast, wirst Du immer behalten!“

Die Bildung ist in unserem Land der eigentliche Rohstoff. Deshalb ist es richtig, dass der Bodenseekreis seine bildungsorientierte Politik fortsetzt und diese großen Investitionen tätigt.

Der zweite große Brocken – auch hier setzt sich die Politik des letzten Jahres fort – ist der Kreisstraßenbau. Planmäßig läuft der Ausbau der Messezufahrt Nord. Nachdem wir mit schon fast sensationell zu nennenden Zeiten zwischen Planungsauftrag und Ausführung den Kreisverkehr bei der Messe pünktlich zur Fakuma in Betrieb nehmen konnten, steht nun die Verbindung vom neuen Kreisverkehr bis zur Anbindung an die Kreisstraße bei Hirschlatt an. In diesen Tagen werden die Baumaßnahmen beginnen. Die Aufträge sind vergeben. Logischerweise müssen wir nun auch die hierfür erforderlichen Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung stellen. Aber auch für den weiteren Kreisstraßenausbau setzt der Haushaltsplanentwurf 2009 Zeichen: Die Bahnunterführung bei Neufrach, die Südumfahrung Kehlen, die Südumfahrung Markdorf und einige weitere Maßnahmen sind zumindest im Rahmen von Planungs- bzw. Grunderwerbskosten berücksichtigt.

Aber machen wir uns nichts vor, meine Damen und Herren: Wer heute Geld für Planung ausgibt, muss morgen die Baukosten finanzieren. Das heißt, wir legen heute den Grundstein für ganz erhebliche Ausgaben in der Zukunft. Trotzdem stehe ich ohne Wenn und Aber zu dem vom Kreistag beschlossenen Kreisstraßenbauprogramm. Die Verkehrsinfrastruktur ist das Hauptproblem des Bodenseekreises. Es ist nach wie vor nicht akzeptabel, dass von Bundesseite nicht ausreichend Mittel für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung gestellt werden. Dies ist übrigens kein alleiniges Problem des Bodenseekreises, sondern eines, das vor allem alle alten Bundesländer, insbesondere aber auch den Südwesten von Deutschland, betrifft.

Wir müssen dieses Thema bei der anstehenden Bundestagswahl in die Diskussion einbringen. Ich bin unserem Regierungspräsidenten Hermann Strampfer sehr dankbar, dass er gegenüber der Landespolitik deutlich gemacht hat, dass der Regierungsbezirk Tübingen im Landesdurchschnitt unterdurchschnittlich bedacht ist und deshalb Nachholbedarf hat. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass auch wir im Bodenseekreis irgendwann einmal eine vernünftige Straßenführung bei B 30 und B 31 haben werden.

Das Schimpfen auf Bund und Land reicht aber nicht aus. Wir müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen. Deshalb das Kreisstraßenbauprogramm des Bodenseekreises, das seinen Niederschlag im Haushaltsplan 2009 findet.

Somit mein erstes Fazit zum Haushaltsplanentwurf 2009:

Verwaltungsintern haben wir auf der Ausgabeseite rund 8 Mio. Euro reduziert. Die jetzt im Plan enthaltenen Ausgaben halte ich für notwendig und richtig. Es geht also darum, diese nun zu finanzieren. Deshalb nun der Blick auf die Einnahmeseite:

In den vergangenen Jahren konnten wir immer bemerkenswerte Verbesserungen der Jahresrechnungen gegenüber den Haushaltsansätzen verzeichnen. Der Haushaltsplanentwurf 2009 sieht nur noch die Mindestrücklage vor. Wir können also nicht auf ein finanzielles Polster zurückgreifen, wie es fast alle Gemeinden im Bodenseekreis haben. Selbst vermeintlich finanzschwächere Gemeinden in unserem wirtschaftsstarken Kreis können stattliche und bemerkenswerte Rücklagen vorweisen.

Auf einen Jahresüberschuss aus der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 werden wir aber nicht hoffen dürfen. Zwar liegen uns naturgemäß die endgültigen Zahlen noch nicht vor, aber schon heute steht fest, dass wir den optimistischen Ansatz von 10 Mio. Euro Grunderwerbssteuereinnahmen deutlich unterschreiten werden, dass die Ausschüttungen des Bodenseefonds aufgrund der Finanzkrise hinter den Erwartungen zurückbleiben und dass aufgrund deutlich gestiegener Pflegesätze die Ansätze im Sozialhaushalt nicht ausreichen werden. Die erheblichen Mehrausgaben im Personalbereich, die durch die erstaunlich hohen Tarifabschlüsse zustande gekommen sind, haben wir verwaltungsintern aufgefangen, insbesondere dadurch, dass wir Stellen nur verzögert besetzt haben. Ich rechne also nicht damit, dass das Jahresergebnis 2008 so ausfallen wird, dass es uns bei der Finanzierung des Haushalts für das Jahr 2009 helfen wird.

Letztlich bleiben also zwei große Stellschrauben, mit denen der Haushalt 2009 zu einem Ausgleich gebracht werden kann: Die Kreditaufnahme und die Kreisumlage. Zur Kreditaufnahme haben wir alle miteinander im vergangenen Jahr bereits einiges gesagt. Der Boden-

seekreis ist, Sie wissen das, deutlich überdurchschnittlich verschuldet. Wir haben im vergangenen Jahr die Parole ausgegeben, mittelfristig auf eine durchschnittliche Verschuldung der baden-württembergischen Landkreise hinzuarbeiten. Aber auch meine Prognose, die ich in meiner Haushaltsrede bei der Einbringung des Haushalts 2008 abgegeben habe, ist eingetroffen: Andere Landkreise konnten ihre Schulden stärker abbauen, als wir dies gemacht haben, so dass wir im Moment von dem Ziel einer durchschnittlichen Verschuldung aller Landkreise deutlich entfernt sind, deutlicher sogar als im vergangenen Jahr.

In der Diskussion um eine Verschuldung möchte ich nochmals betonen, dass die heutige Verschuldung aufgrund von Investitionen zustande gekommen ist, die zukunftsorientiert waren und sind. Und auch diejenigen Investitionen, die der Haushaltsplan 2009 vorsieht, sind letztlich Investitionen in unsere Zukunft und die unserer Kinder. Trotzdem wäre es falsch, Schulden auf dem Konto zukünftiger Generationen anzuhäufen. Auch unsere Kinder und Kindeskiner werden wieder Investitionsbedarf haben und müssen diese finanzieren können. Wir zahlen heute allein 2,6 Mio. Euro an Zinsen; 2,6 Mio. Euro, die uns beim Haushaltsausgleich fehlen. Ich würde dieses Geld viel lieber in Schulen investieren, als es an unsere Banken zu zahlen.

Übrigens ist für mich erstaunlich, welchen Wandel das Thema Verschuldung im Ansehen der öffentlichen Meinung durchgemacht hat. Das Bundesfinanzministerium hat eine Online-Umfrage zur Haushaltsplanung 2009 des Bundes gemacht. Es ging dabei darum, ob zur Finanzierung wichtiger Ausgaben erneut Schulden gemacht werden sollen oder ob dies zur Vermeidung der Belastung künftiger Generationen vermieden werden soll. Ergebnis: 83 % der Teilnehmer an dieser Umfrage haben sich dafür ausgesprochen, die Verschuldung weiter zu reduzieren.

Aber natürlich bin ich Realist: Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass wir die Finanzierungslücke von über 10 Mio. Euro allein durch eine Erhöhung der Kreisumlage schließen werden. Dies wäre eine notwendige Erhöhung um knapp 5 Prozentpunkte. Wir befinden uns in einer Solidarität mit den Städten und Gemeinden unseres Kreises. Und letztlich trifft das, was ich für die zukünftige Entwicklung des Kreishaushaltes angesprochen habe, in vielen Bereichen auch auf die gemeindlichen Haushalte zu. Wir sollten in dieser Solidarität auch gemeinsam die notwendigen Investitionen tragen, die letztlich ja vor allem auch den Städten und Gemeinden in unserem Bodenseekreis zugute kommen. Ich kann mir also vorstellen, einerseits eine maßvolle Neuverschuldung des Landkreises zu akzeptieren, wenn andererseits auch bei der Kreisumlage etwas getan wird. Es liegt am Kreistag, hier das rechte Mittelmaß zu finden.

Ich glaube auch, dass der Zeitpunkt, über eine Erhöhung der Kreisumlage nachzudenken, jetzt der richtige ist. Aufgrund des Kreisstraßenprogramms ist es absehbar, dass die Investitionshaushalte der nächsten Jahre nicht anders aussehen werden, als die der Jahre 2008 und 2009. Das heißt, der Kreis ist auch künftig auf erhebliche zusätzliche Mittel zur Finanzierung der anstehenden Baumaßnahmen angewiesen. Es ist zwar nicht mein Bestreben, das Niveau der Kreisumlage der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu erreichen. Damals hatte der Kreistag beschlossen, die landesweit höchste Kreisumlage zu erheben, um notwendigen Investitionsbedarf abzudecken. Trotzdem gilt auch in den ersten Jahrzehnten des neuen Jahrtausends, dass der Kreis Investitionen nicht tätigen kann, wenn ihm die dafür erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem glaube ich, dass in den nächsten Jahren eine Erhöhung der Kreisumlage den Gemeinden auch nicht leichter fallen würde als im Moment. Durch die gestiegenen Steuereinnahmen sind – ich habe es bereits erwähnt – die Rücklagen fast aller Städte und Gemeinden im Bodenseekreis einigermaßen gefüllt. Es ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung absehbar, dass dies in den nächsten Jahren weniger der Fall sein wird, so dass im Sinne der Solidarität zwischen Kreis und Gemeinden jetzt eine Erhöhung der Kreisumlage vertretbar erscheint.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, dass es nicht populär ist, über solche Themen zu reden, zumal noch im Jahr vor Kommunalwahlen. Wenn es uns aber gelingt, auf diese Weise die Einnahmesituation beim Kreis dauerhaft etwas zu verbessern, dann halte ich auch eine maßvolle Neuverschuldung für vertretbar.

Ein Teil einer solchen Neuverschuldung könnte abgedeckt werden durch noch freie Rücklagen aus der Abfallwirtschaft in Höhe von rund 2 Mio. Euro. Ein solches inneres Darlehen sind zwar auch neue Schulden, die dafür zu zahlenden Zinsen verbleiben jedoch im Bereich der Finanzhoheit des Kreises und tun deshalb natürlich deutlich weniger weh.

Als wären die Nachrichten, die ich Ihnen nun überbracht habe, noch nicht schlecht genug, muss ich noch eins draufsetzen. Seit Drucklegung des Haushaltplanentwurfs vor rund 10 Tagen haben sich weitere Verschlechterungen ergeben. Zum einen liegt ein erster Spruch der Schiedsstelle über die Pflegesätze vor. Der Landkreis hat sich an die Empfehlungen des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) gehalten und einer Pflegesatzerhöhung, die über 6,0 % hinaus geht, nicht zugestimmt. In den laufenden Schiedsverfahren zeigt sich, dass die endgültigen Steigerungen zwar deutlich unter den weit im zweistelligen Prozentbereich liegenden Forderungen seitens der Leistungsträger, allerdings auch deutlich über unseren Vorstellungen, liegen werden. Außerdem müssen wir damit rechnen, dass

auch bezüglich weiterer Leistungsträger, mit denen wir noch keine Einigung wegen der Pflegesatzerhöhung erzielen konnten, Schiedssprüche in ähnlicher Höhe gefällt werden.

Zum zweiten liegen mittlerweile die neuen Steuerschätzungen vor. Hierdurch kommt es erneut zu einer Reduzierung der Schlüsselzuweisungen durch das Land Baden-Württemberg. Beide Punkte zusammen werden den Haushalt um weitere 1,4 Mio. Euro belasten - wie bereits eingangs erwähnt. Wenn ich also bisher von einem Fehlbetrag von deutlich über 10 Mio. Euro gesprochen haben, müssen wir zum heutigen Zeitpunkt davon ausgehen, dass der Fehlbetrag tatsächlich bei über 11 Mio. Euro liegen wird.

Ein mexikanisches Sprichwort lautet:

„Der gute Vorsatz ist ein Gaul, der oft gesattelt, aber selten geritten wird.“

Der gute Vorsatz des vergangenen Jahres war es, uns sukzessive der Durchschnittverschuldung der baden-württembergischen Landkreise anzunähern – und dies trotz der umfangreichen anstehenden Investitionsmaßnahmen. Es gilt nun, den Gaul nicht nur gesattelt zu haben, sondern ihn auch zu reiten.

Frau Kreiskämmerin Schwartz wird Ihnen jetzt den Entwurf des Haushaltsplans 2009 im Detail vorstellen.

Lothar Wölfle  
Landrat